

Krajaner Zeitung.

Nr. 241.

Samstag den 21. October

1865.

Die „Krajaner Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krajan 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grob-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierpaltige Petitzeile 5 Kr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 16. October d. J. dem Generalmajor, Truppenbrigadier und Festungscommandanten zu Ragusa Franz Freiherrn Philippovich v. Philippberg zum Feldmarschalllieutenant, dann zum Statthalter und commandirenden Generalen in Dalmatien allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. October d. J. dem Wiener Gemeinderathe Joseph Nikola in Anerkennung seines gemeinnützigen und humanitären Wirkens das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. September d. J. dem in den bleibenden Ruhestand zu versetzenden Lehrer an der röm.-kath. Normalhauptschule in Hermannstadt Friedrich Kellner in Anerkennung seines vieljährigen ersprießlichen Wirkens im Lehrfache das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. October d. J. den Conceptspracticanten der niederösterreichischen Statthalterei Franz Freiherrn v. Kraus zum Statthalterconceprassisten extra statum allergnädigst zu ernennen geruht.

Die königl. ungarische Hofkanzlei hat den griechisch-katholischen Priester und Lehrer am Belagayer Gymnasium Paul Wela zum Lehrer der griechisch-katholischen Präparanden in Großwardein ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krajan, 21. October.

Ueber die Reise des Grafen Bismarck nach Biarritz schreibt ein Pariser Correspondent der „R. Z.“: Einem Diplomaten, der schon oft sehr gute Aufschlüsse über die Vorgänge am Hofe gegeben hat, verdanke ich einige Mittheilungen über das, was man in der Umgebung des Kaisers als Motive des Grafen Bismarck in Biarritz ansieht. Sie haben wohl keinen Augenblick daran geglaubt, daß der preuß. Minister, wie einst Cavour nach Compiègne, mit bestimmten Anträgen nach Biarritz gekommen. Es ist ihm nicht eingefallen. Beide Männer befinden sich auch nicht in derselben Lage. Als Cavour nach Compiègne reifte, war die Heirat des Prinzen Napoleon und der Prinzessin Clotilde vollzogen und diese Heirat selber hatte in der Absicht beider Höfe eine bestimmte Bedeutung. Graf Cavour war ferner sicher, daß alles, was er mit dem Kaiser der Franzosen besprechen werde, vom Könige Victor Emanuel gebilligt werden würde. Preußen steht aber nicht in einem ähnlichen Verhältnisse zu Frankreich, wie damals Sardinien, und Graf Bismarck hat nicht, daß ich wüßte, ähnliche Beziehungen zum Kaiser Napoleon III. als seiner Zeit Graf Cavour. Sie haben also, ich wiederhole es, mit Recht Alles mit Unglauben aufgenommen, was die Blätter über angebliche Anträge gefaselt haben, mit welchen der preußische Minister nach Biarritz gekommen sein soll. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung liegt auf der Hand. Darum hat die Reise des Grafen Bismarck und haben dessen Unterhaltungen mit dem Kaiser Napoleon doch ihre Tragweite. Wir wissen, daß die Convention von Gastein nur dem Bestreben beider Fürsten einen Bruch der Großmächte zu vermeiden, ihre Entstehung verdankt. Diese Uebereinkunft ist aber ein wesentlich vorübergehender Act und was bleibt, das ist der entschiedene Wille Preußens, die beiden Herzogthümer zu behalten, was das die öffentliche Meinung von Berliner Cabineten erwartet. Nun scheint der König von Preußen trotz seiner Sympathien für Oesterreichs Dynastie mit seinem Minister einverstanden zu sein, daß der Besitz der Herzogthümer nicht mehr aufgegeben werden könne. Graf Bismarck ist überzeugt, daß dieser Wunsch der Eiuverleibung der Herzogthümer am Berliner Hofe so lebhaft und so allgemein ist, daß man auch auf die Gefahr eines Bruches mit Oesterreich hin von der Verwirklichung desselben nicht lassen würde. So hatte denn auch die Reise nach Biarritz und die Begegnung mit dem Kaiser und dessen nächsten Rathgebern keinen anderen Zweck, als den, zu erfahren, welche Haltung der Kaiser der Franzosen im Falle eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen zu beobachten gedenke. Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich sagen werde, wie die Antwort des französischen Staatsoberhauptes ausgefallen ist. Ich weiß es nicht. In ihrer Eigenschaft als Journalist wird es Ihnen nicht an Mitteln fehlen, den Inhalt dieser Antwort auf indirectem Wege zu erfahren. Die deutschen Blätter und insbesondere die preußischen, werden bald Anzeichen enthalten, die Ihnen auf die Spur verhelfen werden.

Eine „von den Pyrenäen“ datirte Correspondenz der „Köln. Ztg.“ berechtigt entschieden zu der Annahme, daß die Reise des Grafen Bismarck nach Biarritz erfolglos geblieben. Obwohl an und für sich nur

leeres Geschwätz enthaltend, ist diese Corr. nur durch das bemerkenswerth, was sie zwischen den Zeilen errathen läßt und dies besagt nichts anderes, als daß Bismarck wohl Alles that, um im schönsten Licht zu erscheinen, aber vergebens; der kühle Imperator scheint nicht geneigt gewesen zu sein, auf Bismarcks Versicherungen und Garantie-Anerbietungen hin weitgehende Arrangements zu treffen. Die berührte Correspondenz deutet aber auch an, daß Graf Bismarck, in gewohnter Weise, sich bemühte, für Oesterreich Antipathien zu erwecken, aber ebenfalls vergebens. Wenn auch das Tuilerien-Cabinet von einer gewissen Bestimmung gegen Oesterreich nicht freigesprochen werden kann, so ist es dennoch nicht geneigt, Preußen zuliebe, die momentane Bestimmung in eine dauernde Spannung zu verwandeln.

Einem weiteren Anhaltspunct für diese Ansicht gibt ein Artikel der officiösen „France“ über die von Oesterreich in den Herzogthümern besetzte Politik, worin diese zu Schlüssen gelangt, die in Berlin kaum angenehm berühren dürften. Die „France“ bedauert es, daß Oesterreich in der schleswig-holsteinischen Frage nicht die, ihrer Ansicht nach, einzig naturgemäßen Wege wandelte. Entweder mußte es diese Frage zu einer europäischen machen, und dann hätte es die Zustimmung aller Mächte, Preußen vielleicht ausgenommen, erlangt, oder es mußte sie von rein deutschem Standpuncte aus behandeln, und dann wären ihm alle Sympathien Deutschlands zugeflogen und es hätte seine alte Stellung in Deutschland wieder zurückerobert. Auf beiden Wegen wäre aber den preußischen Bestrebungen ein wirksamer Damm entgegengesetzt worden, da Preußen es gewiß nicht gewagt hätte, in dem einen oder dem anderen Falle einen Krieg zu provociren.

In einem polemischen Artikel gegen Dechamp weist die „Nordd. Allg. Ztg.“, alle von demselben dem Grafen Bismarck zugeschriebenen Pläne einer Revision der Karte von Europa durch eine französische Allianz entschieden zurück, hebt in Bezug auf Oesterreich hervor, daß es treu an der Seite Preußens ausgehalten, als es nur eines unbedeutenden Anstoßes bedurft hätte, um ein gut Theil von Europa zu einer Coalition gegen uns zu treiben und rühmt von Bismarck, daß er die Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen fester als jemals gekittet und Oesterreich die preussische Allianz schätzen gelernt habe. Wenn dieser Artikel der „R. Z.“ mehr ist, als eine Privatmeinung der Redaction, so wirkt er interessante Streiflichter auf die Geschichte des schleswig-holsteinischen Conflicts und die gegenwärtige Lage. Er signalisirt eine vollständige Abweisung aller der Gedanken, welche die öffentliche Meinung eines großen Theils Europa's an die Biarritzer Reise des Hrn. von Bismarck geknüpft hat und eine Annäherung an Oesterreich, für welche ja in dem „conservativen“ Grundcharakter des gegenwärtigen Regierungssystems in beiden Staaten ein so fruchtbarer Boden vorhanden ist, wie sich dies jetzt wieder so klar an dem gemeinschaftlichen Schritt zeigt, den die beiden Großmächte in Frankfurt gethan haben.

In Bezug auf die an den Frankfurter Senat wegen der politischen Agitation gerichteten austro-preussischen Actenstücke ist es außer Zweifel, daß der Anstoß von Berlin ausgegangen. Wie verlautet, hat das preussische Cabinet die österreichische Regierung schon vor längerer Zeit für einen Schritt gegen den Sechsendreißiger-Ausschuß zu gewinnen gesucht, ist aber damals, wo man eine Intervention des Bundes im Auge hatte, nicht durchgedrungen. So hat man es denn jetzt mit einer anderen Form versucht, und vorgeschlagen, sich direct nach Frankfurt, als den eigentlichen Herd der Agitation, zu wenden. Den ostentiblen Anlaß zu dem erwähnten Schritte hat, wie aus der Mittheilung unseres Correspondenten hervorgeht, auch die Besorgnis gegeben, es könnte die wachsende Agitation, die in jüngster Zeit große Dimensionen angenommen haben soll, zu Ausbreitungen führen, die den Interessen der kleineren Staaten materiellen Schaden zufügen würden.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Erklärungen der deutschen Großmächte an den Frankfurter Senat sind nicht identisch. Auch ist der Schritt der Großmächte nicht außergewöhnlich, da Remonstrationen bei den befreundeten Staaten gegen die Duldung feindseliger Agitationen nicht selten sind. Das Schriftstück soll auch den bei den übrigen deutschen Höfen accredittirten Vertretern der Großmächte zur Mittheilung an die betreffenden Regierungen abschriftlich zugesandt worden sein.

Es stellt sich ferner, schreibt das „N. Fr. Bl.“ heraus, daß in den beiden Noten durchaus nicht die Drohung enthalten war, die beiden deutschen Großmächte würden sich genöthigt sehen, die Regierung des Staates Frankfurt in die Hand zu nehmen. Es

wird sogar bestritten, daß die Note überhaupt jenen verhänglichen Charakter hatte, welche man der Identität zuschreiben pflegt. Im Gegentheile soll die österreichische Note sich sehr vortheilhaft von den schroffen Formen der Bismarckschen unterscheiden. Von österreichischer Seite soll darauf hingewiesen worden sein, daß es unziemlich wäre, in einer Stadt, in welcher österreichisches Militär garnisonirt, Versammlungen zu gestatten, in welcher Steuerverweigerung gebräuchlich und die österreichische Regierung, ja selbst das Staatsoberhaupt verunglimpft werden, wie es im Schooß des Sechsendreißiger Ausschusses in der That geschehen. Als ein weiteres Motiv, welches die österreichische Regierung veranlaßte, eine Note an den Frankfurter Senat zu richten, wird angegeben, daß man Preußen nicht allein vorgehen lassen wollte.

Wie aus Dresden, 19. d., berichtet wird, ist außer der Copie der an den Frankfurter Senat gerichteten preussischen Note bei dem dortigen preussischen Gesandten eine Specialnote für den Besatz eingegangen, welche über die Haltung der sächsischen Journale gegenüber der Politik der deutschen Großmächte bittere Beschwerden erhebt, und die absolute Passivität des Ministeriums schwer beklagt. Die betreffende Note wurde am Samstag übergeben.

Nach Berichten aus London vom 19. d. ist es gewiß, daß die Königin dem Lord John Russell den Posten eines Premierministers angeboten hat; es ist indeß noch ungewiß, ob derselbe annehmen wird.

Englische Zeitungen heben hervor, der italienische Prinz Amadeus, sei bei seiner Reise durch Schottland vom königlichen Hofe zu Balmoral völlig ignoirt worden, ebenso habe er bei Besichtigung der Gallerien im königlichen Wohnschloße Windsor bei London weder einen Kammerherrn überwiesen erhalten, noch sei, (wie ein Blatt besonders erwähnt) ihm auch nur ein Glas Wein besonders angeboten worden. Das sind Vorurtheile gegen Italien, sagt die „Sunday-Times“ und wittert dahinter eine allzugroße Rücksichtnahme auf Deutschland (?).

Der Ministerwechsel, der in Rom stattgefunden haben soll und denzufolge Mgr. Merode zurückgetreten und Cardinal Antonelli mit dem Portefeuille des Krieges betraut worden sei, hat nach unserer Ansicht keine principielle Bedeutung. Der Einfluß Merode's war nie so groß, daß sein Rücktritt eine vielleicht neuerdings anzubahnde Verständigung zwischen Rom und Italien erleichtern sollte. Wir halten die Befestigung des heißblütigen Waffen-Ministers, der erst kürzlich in einen schweren Conflict mit dem General Montebello gerathen, für eine an Frankreich gemachte Concession.

Wie der „Nordd. Allg. Ztg.“ aus Florenz geschrieben wird, hat Graf Sartiges, der französische Gesandte in Rom, der sich auf dem Wege nach der ewigen Stadt befindet, eine lange Unterredung mit dem General Lamarmora gehabt in welcher er im Namen des Hrn. Droyn de Lhuys einen Mittelweg vorgeschlagen haben soll, um zu einer Verständigung über den Artikel der Convention zu gelangen, durch welchen Italien sich zur Uebnahme eines beträchtlichen Theiles der päpstlichen Schuld verpflichtet hat. Das Parlament würde, sobald es zusammengetreten wäre, der Regierung die Berechtigung, dieser Frage direct mit dem Tuilerien-Cabinet zu verhandeln zu ertheilen haben, indem es sich vorbehielt, nachträglich das zwischen den beiden Cabineten getroffene Uebereinkommen zu billigen. „Ich gebe Ihnen diese Nachricht mit allem Vorbehalt“, fügt der Correspondent hinzu, „so wahrscheinlich sie mir auch vorkommt, und will Sie nur darauf aufmerksam machen, daß dieser Artikel der Convention noch immer in eine dicke Finsternis gehüllt ist, welche alle Polemik der Journale nicht im Stande ist, zu zerstreuen. Es ist ein notorisches Factum, daß Hr. v. Sartiges den Kaiser vor seiner Abreise nicht gesprochen hat.“

Der in der Regel in den Angelegenheiten der päpstlichen Curie gut unterrichtete Correspondent der „Gazzetta di Venezia“ stellt unter Anderm die Behauptung auf, Frankreich könne den Kirchenstaat insoweit nicht ganz von seinen Truppen entblößen, als nicht die Florentiner Regierung jenen Theil der römischen Staatsschuld auf sich genommen haben würde, welcher der auf die annexirten Provinzen entfallenden Quote entspricht. Hiegegen bemerkt nun die officiöse Florentiner „Opinione“, daß Italien sich nie gewiegt habe, auf die bezüglichen Unterhandlungen mit der päpstlichen Regierung einzugehen, daß die September-Convention auch von der Uebnahme der betreffenden Schulquote spreche, daß aber von der Durchführung dieses Actes nothwendig die römische

Regierung sich auch zu Unterhandlungen herbeilassen müsse. Frankreich habe einen Ausweg vorgeschlagen. Die italienische Regierung solle nämlich die betreffende Zinssumme in die Hände der französischen legen, die sie dann der päpstlichen übermitteln würde. Darauf werde und könne aber Italien, ohne seiner Würde und jeder Convenienz aufs empfindlichste nahezutreten, nun und nimmermehr eingehen. Ohne vorgängige Unterhandlungen kein Geld. Die „Opinione“ meint, daß Frankreich neuerer Zeit diese Ansicht ebenfalls theile, und die Convention nach ihrer ganzen Tragweite ausführen werde. Die päpstliche Regierung möge dann sehen, wie sie den Römern gegenüber zurechtkommen könne. Die italienische Regierung werde das Ihrige thun und das päpstliche Gebiet gegen Freischaaeren-Einfälle zu schützen wissen.

Die italienische Regierung hat nach ihrer Anerkennung durch Isabella II. sofort mit dem Madrider Cabinet Unterhandlungen wegen eines Handelsvertrages eröffnet und provisorische Verkehrsvereinerungen vereinbart, die schon am 1. Nov. ins Leben treten.

Das von der „Opinion nationale“ ausgesprochene Gerücht, der König der Belgier habe um eine Begegnung mit Louis Napoleon in St. Cloud oder Compiègne nachgesucht, entbehrt nach einer Brüsseler Correspondenz in der „R. Z.“ jeder Begründung.

Die „Patrie“ meldet, daß die türkische Regierung die von Frankreich in Vorschlag gebrachte Sanitäts-Conferenz angenommen hat, und daß, um den Mitgliedern dieser Konferenz alle nöthige Auskunft geben zu können, eine Commission ernannt worden ist, die sich nach den drei heiligen Städten Jedda, Mecca und Medina begeben soll, um dort Untersuchungen über die Ursachen der letzten Epidemie anzustellen. Diese Commission sollte sich den 20. October auf der türkischen Dampfschiffe Taif auf dem Rothen Meere einschiffen.

Die meisten Pariser Blätter beschäftigen sich jetzt mit den Enthüllungen der „Times“ und anderer englischer Blätter über die Kriegslust des Washingtoner Cabinets gegen Frankreich, weil daselbe als génie tuteurale des neuen mericanischen Kaiserthums unter Vernichtung der großen Monroe-Lehre sich in die Angelegenheiten des amerikanischen Festlandes mische. Die Pariser Blätter machen sich ein wenig lustig über die englischen; sie stellen nicht in Abrede, daß die Amerikaner sehr gern Amerika für sich allein haben möchten; aber die angeblichen Kriegspläne von Washington halten sie für ein englisches Fabrikat und meinen, England würde es ganz gern sehen, wenn Frankreich und Amerika tüchtig hinter einander gerieten; man würde ihm aber schwerlich den Gefallen thun.

Die Nachricht der „Times“, daß Washingtoner Cabinet habe gegen Abfindung neuer französischer Hilfstruppen nach Mexico Einsprache gethan, wird, wie gestern erwähnt, durch eine von dem Reuterschen Bureau ausgegebene Depesche widerlegt. Letztere meldet, die Regierung der Vereinigten Staaten habe nicht die Absicht, Maßregeln zu ergreifen, welche mit der Neutralität Mexicos unvereinbar seien. Auch der „Morning Star“ meldet, angeblich aus sehr verlässlicher Quelle, der Herr Seward habe keine Depesche gegen die Intervention in Mexico abgeleitet. Der in Philadelphia erscheinende „Ledger“ sagt: „Die Politik des Präsidenten Johnson in der mericanischen Frage werde die der Nichtintervention sein und wenn es sich herausstellt, daß die Majorität des Volkes wirklich für das Kaiserthum ist, so wird ein Gesandter Mexicos so freundlich aufgenommen werden, als käme er aus Frankreich oder aus jedem anderen Lande, zu welchen die Vereinigten Staaten in friedlichen Beziehungen stehen. Die Mexicaner müssen also selbst ihre Angelegenheiten besorgen und nicht auf irgend eine Einmischung von Seiten der Regierung in Washington zählen.“

Nach einem Telegramm aus New York wünscht die Regierung erstlich den Frieden mit Frankreich; man fürchtet jedoch, daß der Congress die äußersten Maßnahmen verlangen werde, wenn weitere Truppen sendungen nach Mexico abgehen sollten. General Grant erklärt überall, die Franzosen müssen aus Mexico vertrieben werden. Grants Benehmen wird aber gemißbilligt.

Die „Patrie“ bestätigt, daß Seward wegen der ägyptischen Truppenwerbungen für Mexico früher Bedenken geäußert, in Folge deren Frankreich darauf verzichtet habe.

Staatssecretär Seward hat bekanntlich eine Proclamation veröffentlicht, in der er alle Personen, die Entschädigungs-Ansprüche an fremde Staaten geltend machen wollen, auffordert, sie mit eidlicher Versicherung der Wahrheit der Regierung bekanntzugeben. Die Kaufleute, die durch die Kaperschiffe Shenandoah, Alabama, Florida u. a. zu Schaden gekommen sind, geben nun in erster Reihe Forderungen an Eng-

land bekannt. Auch die Benachtheiligungen, die von Canada aus den Amerikanern zugefügt wurden, werden aufgerechnet, und belaufen sich in ihrer Totalität auf sehr bedeutende Summen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden nun diese Ansprüche zu jahrelangen diplomatischen Verhandlungen Anlaß geben.

In dem Kafferkriege schien kurz vor dem 13. September (dem Tage, wo der Postdampfer „Roman“ das Cap der guten Hoffnung verließ) eine Wendung eingetreten zu sein; wie von den Boers berichtet wurde, hat nämlich Moschesh um Frieden gebeten. Ob er indeß die harten Friedensbedingungen, die man ihm gestellt, annehmen wird, ist abzuharten.

Auf Madagascar fand nach Berichten vom 2. d. M. anläßlich der Auszahlung der Entschädigung von 900.000 Frs. an die französische Station eine heftige Gemeinde statt. Die Bevölkerung verlangte unter Schmähungen vor dem Palaste der Königin die Ausweisung des französischen Consuls und der katholischen Mission. Die Notabeln schritten hierauf ein und versprachen dem Volke Genugthuung. Der Consul erklärte dagegen, er werde ohne Befehl seiner Regierung nicht abreisen.

Zum „20. October“ schreibt die „W. Abendp.“: Den Völkern Oesterreichs ziemt es heute Einkehr zu halten in ihr inneres Leben. Die fünfte Jahreswende ist über das Ereigniß hingegangen, das sich an den heutigen Tag knüpft und das, wie immer auch die bleibenden Formen der staatlichen Gestaltung Oesterreichs sein mögen, der Ausgangspunct seiner modernen Entwicklung, die Quelle seines verfassungsmäßigen Lebens bleiben wird für alle Zeit. Fünf Jahre harter staatlicher Arbeit, schweren geistigen Ringens und Kämpfens liegen hinter uns, auf mehr als einer Bahn, welche mit frischer Kraft betreten wurde, mußte der Schritt zurückgelegt werden, nicht allzu reiche Blüten schmücken den Strauß der positiven Erfolge, welche wir erstritten haben. Das kostbare Gut einer Rechtsordnung, die dem Freiheitsbedürfnisse der Völker, ihrem geschichtlichen Bewußtsein, ihrer lebendigen Individualität entspricht, welche das Einzelrecht nicht willkürlich vor dem höheren beugt und ihm zum Opfer bringt, welche aber auch das allgemeine Recht hoch hält über die unberechtigten Sonderbestrebungen und den unberechtigten Einzelwillen, wird nicht mühelos erworben, es will verdient werden im Kampf und Arbeit. Nur zur Hälfte hat sich diese Arbeit vollzogen. Auf Neue tritt die Forderung an die Völker Oesterreichs heran, in freier schöpferischer Thätigkeit zusammen zu wirken zur Erreichung eines Zieles, welches uns oft nahe, selten näher gerückt war, als in diesem Augenblicke. Die allgemeine Uebung der verfassungsmäßigen Institutionen, deren Grundzüge vor fünf Jahren festgelegt wurden, der Eintritt Aller in das große staatliche Leben des Reiches und die Theilnahme daran, das sind die Aufgaben, zu deren Lösung alle Völker und Länder, alle politischen Volksgruppen berufen sind. Möge diese Lösung mit frischem kräftigen Sinn, frei von politischer Leidenschaft, frei von engherziger Idealisirung, mit warmen Herzen für das Einzelne wie für das Ganze herbeigeführt werden. Mögen alle Parteien einig sein, und den Gedanken, daß nur eine solche Lösung, eine Lösung, die hervorgegangen ist aus der freien Berathung Aller, dauernd das Wohl des Vaterlandes begründen und wahrhaft in dem Rechtsbewußtsein der Einzelnen sich festigen kann, wie sie heute am „20. October“ einig sein müssen in dem Danke gegen den Monarchen, dessen erhabenes Wort eben die Möglichkeit dieser Lösung hervorgerufen, die staatliche Zukunft Oesterreichs festgelegt hat.

Die Annäherungsversuche zwischen den Wiener Centralisten und den steirischen Autonomisten bringen die „Gaz. nar.“ in Harnisch. Diese Parteien — schreibt sie — hätten sich längere Zeit beobachtet, und endlich doch erkannt, daß sie zu einer Familie gehören. Es sei doch gar zu sonderbar, wenn Politiker, die sich „Autonomisten“ nennen, mit jener Partei einen Bund schließen wollen, die aus Furcht vor dem Föderalismus den Dualismus jedes Opfer zu bringen bereit ist. In wem sollte es nicht die Leidenschaft entflammen, ruft die „Gazeta“ aus, wenn man die Expectationen in den Wiener Blättern, liest, von denen sich schon einige mit der reinsten Personalunion begnügen, nur um dem Föderalismus Schach zu bieten. Wenn einmal die slavischen Völker von einer gleichen Leidenschaft gegen die Magyaren und Deutschen erfaßt werden sollten, wie sie letztere gegen die Slaven ansetzen, könne man leicht die Folgen voraussehen. Noch sei es Zeit für die Deutschen, sich's zu überlegen, wohin ihr Weg führt. Auf die steirischen Autonomisten komme es jetzt an, eine Transaktion mit den anderen Nationalitäten zu ermöglichen. Ihr jetziges Programm sei für die Slaven nur eine Aufforderung zum Widerstand, zum Kampfe. Das schulekliche Programm sei die einzige Grundlage zu einer Verständigung. Wenn aber auch die Autonomisten die Fahne des Februarpatentes schwingen, so sei eine Verständigung mit den Czechen, Polen und anderen Slaven nicht denkbar.

Der „Pester Lloyd“ bringt einen Leitartikel über das von seiner Partei in Anspruch genommene Recht der Selbstbestimmung in Ungarn. Es werde Ungarn nicht beifallen, die Last der Staatsschuld von sich abzuwälzen; es habe ebensowenig die Absicht in der Recrutierung oder in Bezug der Steuern die anderen Länder der Monarchie zu überwohnen. Das Versprechen, daß Ungarn alle Concessionen machen wolle, welche der Fortbestand der Monarchie verlangt, dieses Versprechen wird auch gehalten werden, sobald man dem constitutionellen Princip und den Rechtsfor-

men auch jenseits der Leitha gerecht wird. Man müsse nur bestrebt sein, die Neigung zum Ausgleich auf beiden Seiten zu fördern, und es werden sich die allerdings nicht geringen Schwierigkeiten überwinden lassen. Das möge man sich aber nicht träumen lassen, daß man ohne Ausgleich mit Ungarn je zu einem wirklichen Parlamentarismus in Oesterreich gelangen könne.

Sicherem Vernehmen nach hat die Staatschulden-Controll-Commission beschloffen, ihre Functionen fortzusetzen, falls die Bedenken gegen den rechtsgiltigen Fortbestand durch einen Ausspruch des Kaisers behoben würden.

Gegenüber der Nachricht, daß die Verhandlungen wegen eines österreichisch-englischen Vertrags in Wien am 4. d. begonnen haben und guten Fortgang versprechen, schreibt das „N. Fremdenbl.“ daß in Wien der Beschluß gefaßt worden, und daß die Engländer damit einverstanden sind, den Verhandlungen mit Frankreich den Vorrang einzuräumen. Man fügt indessen hinzu, daß vor allen Dingen, und ehe die Handelsvertragsverhandlungen ernstlich in Angriff genommen werden, die Tarifffrage geregelt werde; denn das ist einleuchtend ohne einen festgestellten Tarif gibt es keine Grundlage für einen Zollvertrag. Die Engländer aber lassen den Franzosen bereitwillig den Vorrang, weil England uns keine Gegenconcessionen zu bieten hat, wohl aber die Franzosen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 20. Octbr.

Ihre kais. Hoheit Frau Erzherzogin Sophie ist gestern nach München abgereist. Se. k. Hoheit Herr Erzherzog Franz Carl wird heute Nachmittags dahin abreisen.

Ihre k. Hoheiten die Herren Erzherzoge Karl Ludwig und Joseph sind heute Nachmittags 4 Uhr mit dem Schnellzuge der Westbahn abgereist, ersterer zu seiner Gemaltn nach dem Landgute Altstetten, letzterer nach Linz.

Der päpstliche Nuntius Monsignore Falcinelli ist am verfloffenen Montag von Gran nach Wien zurückgereist. Tags vorher hat der Nuntius einem Galadiner bei Sr. Eminenz dem Primas beigewohnt, und bei dieser Gelegenheit einen Toast in ungarischer Sprache ausgebracht.

Aus Prag, 19. Oct., wird gemeldet: Die Einweihung der Stadthausuhr ist heute durch den Erzbischof vollzogen worden; der Bürgermeister hielt eine ezechische Anrede. Soeben findet die Brücken-Grundsteinlegung statt. Der Bürgermeister warf einen historischen Rückblick auf den Brückenbau, und schloß in deutscher Sprache mit dem Wunsche des Gedeihens des Werkes. Der Erzbischof antwortete in deutscher Rede. Den Schluß sprach er ezechisch. Alle hervorragenden Persönlichkeiten der deutschen Partei waren anwesend. Die Hauptstraßen waren mit Fahnen und Blumen decorirt. Die Betheiligung war stark; einzelne Gewerbs- und Fabriks-Etablissements feierten.

Heute Mittags fand die Grundsteinlegung der Gemeinde-Gasanstalt statt. Bischof Krejci celebrirte die kirchliche Feier. Die Betheiligung von Seite der Bevölkerung war schwächer. Bei dem Bankett, welches Nachmittags im Rathhaussaale stattfand, fehlten die deutschen Stadtverordneten; andere Deutsche waren anwesend. Der Bürgermeister brachte einen Toast auf den Kaiser und die Kaiserin, der Vicebürgermeister einen auf den Minister Belcredi, Statthalterleiter Lazansky auf den Bau der neuen Brücke, Dr. Nieger auf den Kaiser Ferdinand, den ersten Geber der Verfassung (großer Jubel), Prauner auf den Bürgermeister (Enthusiasmus) aus. Glückwunsch-Telegramme liefen ein aus Krakau und Olmütz. Im ezechischen Theater war Festvorstellung und beinahe alle nationalen Notabilitäten anwesend. Feuerwerk auf dem dritten Brückenplatz.

Am 13. d. ist, wie man der „Gr. Tsgsp.“ mittheilt, der Stiefvater des Herrn Handels-Ministers Frhrn. v. Wüllerstorff-Urbair, Se. Excellenz Reichsgraf Johann Baptist Marzani v. Steinhof und Reuhaus, geh. Rath und jubilirter Vice-Präsident der Statthaltereirei zu Venedig gestorben.

Ueber das telegraphisch gemeldete Unglück des Grafen Wolkenstein lesen wir in der „Prager Zeitung“: Die gräfliche Familie Wolkenstein wurde gestern durch eine Hubschiff in die tiefe Trauer versetzt. Eines ihrer Familienmitglieder, der Rittmeister in der Armee, Graf Carl Wolkenstein-Trostburg, ist um ein Uhr Mittags in den zur fürstlich Rohan'schen Herrschaft Nepin bei Melnik gehörigen Wäldern auf einer Rejjagd verunglückt. Der Graf durchstieß mit der Büchse am Arm ein Gefäß, durch das Zurückprallen eines Astes kehrte sich der Lauf der Kinte gegen ihn, der Schuß ging los und die ganze Ladung drang ihm in die linke Seite des Beckens. Er wurde zwar sofort auf das Schloß des Prinzen Arthur Rohan nach Nepin gebracht, aber ungeachtet aller ärztlichen Rettungsversuche gab er bereits um 5 Uhr Nachmittags seinen Geist auf. Der telegraphisch ans Bett des Sterbenden gerufene Universitätsprofessor Dr. Blazina fand nur mehr eine Leiche vor. Graf Wolkenstein stand erst im Alter von 31 Jahren.

Die Staatsanwaltschaft in Zara hat gegen das Journal „Il Nazionale“ wegen des am 23. August d. J. über die Wahlvorgänge zu Knin und Dernis veröffentlichten Artikels die Anklage auf Grund des §. 300 St. G. B. erhoben.

Der Vicepräsident der Agrarier Septemvirkafel Sidarie, ist, wie ein Telegramm der „Debatte“ meldet, am 19. d. durch ein Cabinetstelegramm nach Wien berufen worden. Da Bischof Strohmayer und Vamuz Sokolevics sich auch in Wien befinden, so

wird der Berufung Sidarie's die größte Wichtigkeit beigelegt.

Deutschland.

Zur Regelung der Besatzungsverhältnisse in Kiel ist, wie bereits erwähnt, in Ausführung der Bestimmungen des Art. 2 der Gasteiner Convention eine weitere Uebereinkunft zwischen Preußen und Oesterreich geschlossen worden. Die bezüglichlichen Festsetzungen sind durch eine gemischte Commission unter dem Vorsitz des preußischen Generals v. Pobjielski „vorbehaltlich der Ratification“ durch die beiderseitigen Gouvernements entworfen und am 21. v. M. durch den preußischen Gouverneur General-Lieutenant von Manteuffel und durch den Statthalter Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz genehmigt worden. Die Uebereinkunft regelt erstens die Besatzungs- und Einquartierungsverhältnisse nach der bereits angebotenen Einteilung Kiels in einen östlichen und einen westlichen Bezirk, deren erster den preußischen Marinetruppen und Mannschaften, letzterer den österreichischen Truppen zugewiesen ist. Die öffentlichen zum Militärgebrauche bestimmten Gebäude unterliegen (mit einigen Ausnahmen) derselben Vertheilung. Das Exercirhaus, die Exercir- und Schießstände, so wie die Schwimmanstalt werden von beiden Theilen nach Verabredung gemeinschaftlich benützt. Von der Umgegend des Kieler Hafens bleiben vierzehn bestimmte Ortschaften den preußischen Truppen zur Disposition. Zweitens werden in der Uebereinkunft die Stellung und die Befugnisse des preußischen Hafen-Commandanten, als Vertreters des mit dem Ober-Commando sämtlicher preußischer Land- und Seetruppen in den Herzogthümern beauftragten Gouverneurs von Schleswig geregelt. Drittens ist in Betreff des Commando's und der Polizei im Kieler Hafen Folgendes festgesetzt: Der Hafen von Kiel reicht von Friedrichsort bis zum inneren südlichen Ende der Bucht; — Preußen wird innerhalb dieses Hafens die Polizei über alle Kriegs- und Handelsfahrzeuge der eigenen und der fremden Marine, so wie über deren Besatzungen nach internationalen Gesetzen und Gebräuchen handhaben und zu diesem Behufe stets ein Wachtschiff in Dienst haben; — für die Kauffahrtei-Schiffahrt, so wie für das Lootsen- und Tonnenwesen ist eine Hafenordnung vom Hafencommandanten auf der Grundlage der bisherigen festzustellen; — die gesammte Kauffahrtei-Schiffahrt im Hafen von Kiel hat den Anordnungen der preußischen Hafen-Polizei Folge zu geben, und das Wachtschiff hat die Befugniß, jedes ein- und ausgehende Schiff anzuhalten, wenn es dazu Veranlassung findet. — Die Bestimmungen dieser Uebereinkunft sind bereits in Kraft und Ausführung getreten.

Wie man aus den Altonaer Blättern ersieht, ist nunmehr dem Redacteur der „Schlesw.-Holst. Z.“, Martin May, die Gewinnung des dortigen Bürgerrechts gestattet worden.

In Dresden ist am 16. d. der Prinz Georg Bernhard von Anhalt (geb. 21. Februar 1796) Bruder des regierenden Herzogs von Anhalt, gestorben.

In Leipzig fand am 15. October Abend 6 Uhr die Vorversammlung zur ersten deutschen Frauenconferenz statt. Frau Louise Otto-Peters, Wittve des im vorigen Jahre dort verstorbenen Schriftstellers August Peters, eröffnete dieselbe mit einer Ansprache, welche den (etwa 130) anwesenden Damen Dank für ihr Erscheinen zollte und frohen Hoffnungen für die Zukunft Ausdruck gab. Sodann verbreitete sich Fräulein Augustine Schmidt von hier in längerer und wohlgeleiteter Rede über die Lage, die Bedürfnisse, die Wünsche der Frauen, und über die zum Zweck einer gründlichen Umgestaltung der bisherigen Verhältnisse zu ergreifenden Mittel. Hr. Korn, der Redacteur der deutschen Frauenzeitung, gab hierauf in einem Vortrag, dessen Eindruck indeß durch mehrmals unterlaufende Trivialitäten erheblich geschwächt wurde, eine Uebersicht über die reformatorischen Bestrebungen, zu deren Durchführung eben die Frauenconferenz einberufen worden sei. Er empfahl als Ziel des zu begründenden großen deutschen Frauenvereins namentlich eine kräftige Sammlung der weiblichen Arbeitskräfte. In Deutschland gebe es 5 Millionen arbeitsfähige Frauen, welche bei einem durchschnittlichen Verdienst von 3 Thalern in der Woche alljährlich das Summen von 750 Mill. Thalern erarbeiten könnten; sehr leicht könnten 1000 Apothekern mit 150 Thalern Jahresgehalt bei freier Station, und 10.000 Inhaftigerinnen von Frauenhäusern mit einem Wochenverdienst von 3 Thalern Beschäftigung finden, u. dgl. m. Als wesentliche Hilfsmittel zur Erreichung seines Zweckes bezeichnet er die Abhaltung von Industrie-Ausstellungen weiblicher Erzeugnisse, die Gründung weiblicher Industrieschulen für Industrie, Handel und Detailwirtschaft, die Belohnung verdienter Lehrerinnen durch Unterstüzungen im Alter u. Von seinem früher ausgesprochenen Plan Staatsunterstützung für das begonnene Werk nachzusuchen und verdiente Frauen des Vereins mit Orden von halbem Monb. von der Sonne u. auszuzeichnen, dürfte Hr. Korn, durch die einstimmige Beurteilung, welche diesen Verirungen zu Theil geworden, definitiv zurückgekommen sein. Am 16. sollte die Berathung der Statuten des Vereins, am 17. die förmliche Constituirung desselben erfolgen.

Frankreich.

Paris, 18. October. Der französische Handelsminister hat eine neue Commission ernannt, um die Frage der Arbeitervereine in einer über Frankreich hinausreichenden Enquete ihrer Lösung näher zu bringen. — Bekanntlich hatte der Kaiser in seiner letzten Thronrede versprochen, die (legalen) Hindernisse wegzuräumen, welche sich der Bildung von Arbeitervereinen entgegenstellen, und ein Gesetzvorschlag wurde deshalb der Kammer vorgelegt. Allein dieser Vorschlag ist nicht zur Berathung gelangt und deshalb wird die Sache einem weiteren Studium unterworfen werden. — Die „Revue Contemporaine“ mußte ihre Rundschau auf höheren Befehl umarbeiten, und erscheint deswegen um drei Tage verspätet. — Der kaiserliche Hof geht am 1. November nach Compiegne. — Das

Musikcorps des 34. preußischen Infanterie-Regiments, in Garnison zu Rastatt, erhielt auf Ansuchen des Herrn Baron Taylor die Ermächtigung, in Uniform über Straßburg nach Paris zu kommen, wo dasselbe in einem Concert zum Besten des Künstler-Unterstützungsvereins mitwirken soll. Andere behaupten, Herr v. Bismarck habe dieß veranlaßt, um der Welt zu zeigen, daß die Reise nach Biarritz Früchte getragen und daß es dennoch ein concert franco-prussien gebe.

Schweiz.

Nach Berichten aus Bern hat der Schweizer Bundesrath am 16. d. seinem bevollmächtigten Minister in Florenz, Herrn Pioda, die Vollmacht zur definitiven Unterzeichnung des Handelsvertrages mit dem Königreich Italien ertheilt.

Spanien.

In Madrid wüthet die Cholera auf's Entschlichste; seit mehreren Tagen, die Berichte reichen bis zum 11., regnet es in Strömen, aber das hat keine Erleichterung gebracht; selbst in der Pfarrei San Sebastian, der gesunden Gegend der Stadt herrscht die Seuche. Gräßlich war der Ausbruch in dem Gefängniß des Saladero; dasselbe wurde auf Befehl der Regierung sofort geräumt. Die Vorlesungen an der Universität sind bis zum vierzigsten Tage nach dem Todeum, welches seiner Zeit für das Aufhören der Seuche gefungen werden soll, geschlossen. Alles flüchtet, der Handel stockt, Niemand kümmert sich mehr um Politik. Auch die Thiere erliegen der Seuche; so der prächtige Königstiger in dem Garten des Buen-Retiro und eine schöne Pantferin. Die Flucht rettet nicht mehr, denn auch im Escorial, der für so gesund gilt, wohin so Viele von hier flüchteten ist die Cholera, eben so ist's an anderen Zufluchtsorten. Hier wurden am Sonntag 222 Cholera-Leichen begraben, Montag 342, gestern 300. Die Seuche wüthet unter den höheren Ständen eben so heftig wie unter den niederen. Man ist allgemein entrüstet, daß die Behörde so gar keine Vorkehrungen getroffen, obwohl die Seuche seit zwei Monaten fast von Tag zu Tag mehr Opfer forderte; daß man sich so ganz darauf verließ, daß dieselbe durch die Jahreszeit selbst beendet werden würde; gegenwärtig zeigen die Beamten große Thätigkeit und einen oft heroischen Opfermuth. Die Königin ist außer sich und hat die Minister, welche nach San Idelfonso de la Granja gingen, um ihr zum Geburtstage zu gratuliren, sehr hart angelassen.

Belgien.

Nach Berichten aus Brüssel hat die englisch-französische Arbeitervereinigung auf Grund des Fremdengesetzes beschlossen, den nach Brüssel einberufenen Arbeitscongreß zu vertagen und erst künftiges Jahr in Genf abzuhalten. Dagegen kündigt sich der am 28. d. M. in Lüttich zusammentretende internationale Studentencongreß unter sehr glänzenden Auspicien an; bis jetzt schon haben sich mehr als 4000 Theilnehmer dazu gemeldet.

Großbritannien.

Lord Palmerston starb, wie aus London, 18. d. Mts. berichtet wird, in Folge einer starken Erkältung, welche er sich am letzten Sonntag bei einer Ausfahrt zugezogen hatte, die aber den englischen Blättern noch am Dienstag keinen Grund zu ernstem Besorgniß gab. Der „Globe“, das besondere Organ des Lords, hielt es nicht einmal der Mühe werth, die Erklärung zu erwähnen. Henry John Temple, dritter Viscount Palmerston von Palmerston in der Grafschaft Dublin, Baron Temple von Mount-Temple in der Grafschaft Sligo und als solcher Peer von Irland, wurde 1784 zu Broadlands geboren. Er war der zweitjüngste Sohn des Familienzweiges vom altenglischen Stamme, das auch die herzoglichen Zweige von Buckingham und Chandos getrieben. Palmerston wurde in Harrow mit Sir Robert Peel, Lord Byron und John Cam Hobhouse erzogen; 1805 erschien er zum erstenmale im Unterhause, 1809 wurde er Kriegsminister (Staatssecretar im Departement des Krieges) und besaßte diese Stelle bis 1828, wo er sich zugleich auch entschied von den Tories, denen er übrigens niemals ganz angehört hatte, zurückzog; 1830 ward er Staatssecretar des Auswärtigen im Ministerium des Grafen Grey, schuf 1834 die Quadrupel-Alliance (Großbritannien, Louis Philipp, Marie Christine und Dom Pedro), welche die legitime Erbfolge des Don Carlos in Spanien und des Dom Miguel in Portugal vernichtete; schloß dann durch den Juli-Vertrag von 1840 Louis Philipp aus dem europäischen Concert aus, schied mit seinem Schwager Lord Melbourne 1841 aus dem Ministerium, wurde 1842 Irischer Peer und stand an der Spitze der Opposition im Unterhause (in welchem er seit 1834 Vertreter von Winton war) gegen Sir Robert Peel. Wie Lord Palmerston — seit Sir Robert Peel's Tode entschieden der einflußreichste Staatsmann Englands — sich mit geringen Unterbrechungen an der Spitze der Geschäfte besaßte und trotz der Gegnerschaft des Prinzen-Gemals seine Pläne durchsetzte; wie er überall im Auslande die revolutionären Bewegungen begünstigte, um daraus Vortheil für England zu ziehen; wie er die Revolutionschefs aller Wälder, von Kossuth bis Garibaldi, in England feiern ließ, das ist unsern Lesern in frischem Gedächtniß.

Italien.

Zur Ausbeutung der silesischen Schwefelgruben hat sich eine neue Gesellschaft mit einem Capital von 25 Mill. gebildet. Obwohl bereits 10.000 Menschen in den Minen beschäftigt sind, und speculative Engländer und Franzosen mit Erfolg die Maschinen eingeführt haben, so ist diese Industrie doch noch einer großen Entwicklung fähig und kann als eine wahre Schatzkammer für Italien betrachtet werden.

Rußland.

Im Königreich Polen sind neuerdings (am 2. d.), wie wir im „Dziennik Warsz.“ lesen, fünf röm.-kath. Klöster wegen mangelnder, nach den kanonischen Regeln vorgeschriebener Anzahl der Mönche, aufgegeben worden, und zwar: die Philippinen oder

N u f ü n d i g u n g

über die für die Tarnower k. k. Militär-Verpflegs-Magazins-Verwaltung auf die Zeit vom 1. Jänner bis Ende Dezember 1866 erforderliche im Subarrendirungswege sicherzustellenden Militär-Verpflegserfordernisse.

Nachweisung der sicher zu stellenden Verpflegs-Bedürfnisse.

Die Offertbehandlung wird vorgenommen werden	in	am	Für die Station	Das Erforderniß besteht in												Anmerkung	
				täglich				1/3jähr.	monatlich				Durchmarsche 5täg.		für die Zeit		
				Brot	Safer	Fleisch 8 Pf.	Streuholz 4 3 Pf.	Beitenholz 12 Pf.	im Winter		im Sommer die Hälfte		Portionen	Artikel	Wie oft im Monate		von
Tarnower k. k. Verpflegs-Magazins-Kanzlei	der	26. Oct. 1865	Tarnow	510	240	240	240	1800	—	{ 70 24 4 4	200	200	6 m.	1. Jänner 1866 31. December 1866 für neuen Hafenerung 1866			
		27. „	Bochnia	280	240	240	240	1730	—	{ 18 28 10 4	200	200	„				
		26. „	Neu-Sandec	216	4	4	4	1500	—	{ 42 14 4 4	200	200	„				
		6. November	Wojnicz et Concurrenz . .	140	140	140	140	234	4	6	—	—	—		„		
		1865	dann Niepołomice et Concurr.	140	140	140	140	234	4	6	—	—	—		„		
			Radłów et Concurrenz . .	140	140	140	140	234	4	6	—	—	—	„			

Tarnow am 12. Oktober 1865

Nr. 27719. Kundmachung. (1062. 2-3)
Eaut Erlass vom 21. September 1865 Z. 12770 hat das hohe k. k. Handels-Ministerium dem Emanuel Swozil auf eine Verbesserung der Dr. Hoffmann'schen Volta elektrischen Spolirbürste ein ausschließendes Privilegium für die Dauer eines Jahres ertheilt.
Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.
Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Krakau, 16. October 1865.

Nr. 10744. Concurs. (1052. 3)
Postexpeditionenstelle bei der neuen zu errichtenden Postexpedition in Solotwina gegen Vertrag und 200 fl. Caution.
Dieselbe hat sich sowohl mit dem Briefpostdienste als mit der postamtlichen Behandlung von Werthsendungen zu befassen und mit dem Postamte Bohorodeczan mittelst täglicher Fußbotenposten in Verbindung zu stehen.
Bezüge: Einhundert zwanzig Gulden Bestallung, zwanzig Gulden Amtspauschale und Einhundert achtzig Gulden jährlich Botenpauische für Unterhaltung täglicher Fußbotenposten nach Bohorodeczan und zurück.
Gesuche sind unter documentirter Nachweisung des Alters, Wohlverhaltens, der bisherigen Beschäftigung und der Vermögensverhältnisse, und zwar von bereits im öffentlichen Dienste stehenden Bewerbern im Wege ihrer vorgesetzten Behörde, sonst aber im Wege der zuständigen politischen Behörde binnen drei Wochen bei der k. k. Postdirection Lemberg einzubringen.
Lemberg, am 9. October 1865.

Nr. 18831. Edict. (1051. 3)
Vom Krakauer k. k. Landesgerichte werden über Ansuchen des M. Dr. Samuel Ebersohn vom 20. August 1865 Z. 15986 unter Zustimmung der k. k. Finanz-Procuratur Namens des Grundentlastungsfondes alle diejenigen, welche die dem M. Dr. Samuel Ebersohn am 5. Aug. 1865 in Krakau in Verlust gerathene auf den Namen des Samuel Verliebter lautende, früher als Caution bei der Lemberger k. k. Lotto-Direction vinculirt gewesene 5% westgalizische Grundentlastungs-Obligation Nr. 10.600 über 100 fl. C. M. in Händen haben, auf eine Frist von 1 Jahre, 6 Wochen und 3 Tagen von der Einschaltung des gegenwärtigen Edictes in die Krakauer Zeitung gerechnet, mit dem Auftrage aufgefordert, solche binnen dieser Frist so gewisser vorzubringen, als sonst dieselbe für nichtig erkannt, und der Verpflichtete nicht mehr gehalten sein würde, ihnen diesfalls Rede und Antwort zu geben.
Krakau, am 2. October 1865.

Z. 1298. Kundmachung. (1061. 2-3)
Vom Magistrate Biala wird hiemit bekannt gemacht, daß zur Verpachtung des städtischen Markt- und Standgeldegeschäftes auf die Zeit vom 1. November 1865 bis Ende October 1866 die Licitation am 27. d. M. um 10 Uhr Früh in der Magistratskanzlei abgehalten werden wird.
Der Fiskalpreis beträgt 821 fl. 94 kr. 5 W., von welchem vor der Licitation das 10% Badium zu erlegen ist.
Pachtlustige werden zu dieser Licitation mit dem Bemerkung eingeladen, daß die Licitationsbedingungen hieran während der Amtsstunden eingesehen werden können.
Magistrat. Biala, 18. October 1865.

Z. 12838. Edict. (1054. 3)
Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird der Inhaber des von Jakob M. Schönfeld an die Ordre des Salomon Zins ausgestellten vom Theodor Broniewski in Tarnow acceptirten Wechsels, ddo. Bochnia, den 8. Jänner 1846, über 1000 fl. in Zwanzigern, 3 Stück à 1 fl., hiemit aufgefordert, denselben dem hiesigen Gerichte binnen 45 Tagen, vom Tage der 3. Einschaltung dieses Edictes an so gewisser vorzulegen, ansonsten derselbe amortisirt werden wird. Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Tarnow, am 5. October 1865.

Nr. 2039. Uwidomienie. (818. 2-3)
Komisyja rządowa przychodów i skarbu Królestwa Polskiego.
Z powodu, że dowody b. Komisyi centralnej likwidacyjnej Królestwa w zamian obligacyi b. Galicyi zachodniej na imię Józefa Lyro wydane, mianowicie następujące:
Nr. 11582 na zlp. 693 gr. 11 w kapitale i zlp. 14 w procentach.
Nr. 11583 na zlp. 693 gr. 11 w kapitale i zlp. 14 w procentach.
Nr. 11584 na zlp. 697 gr. 19 w kapitale i zlp. 14 gr. 2 w procentach.
Nr. 11585 na zlp. 691 gr. 10 w kapitale i zlp. 15 gr. 28 w procentach.
Nr. 11586 na zlp. 693 gr. 11 w kapitale i zlp. 33 w procentach.
Nr. 11587 na zlp. 634 gr. 8 w kapitale i zlp. 31 gr. 28 w procentach,
według deklaracyi ich właściciela zaginać miały. Komisyja rządowa przychodów i skarbu, stosownie do postanowienia Rady administracyjnej Królestwa z dnia 16 lutego 1828 i 19 kwietnia (1 maja) 1832 r. wywaza osoby, w którychby posiadaniu owe dowody znajdowały się, aby z takowemi w przeciągu sześciu miesięcy od daty niniejszego obwieszczenia do téjże Komisyi rządowej w Warszawie przy ulicy Rymarskiej pod nr. 744 posiedzenia swe odbywającej zgłosily się i służące sobie prawa do posiadania onych usprawiedliwily; w przeciwnym bowiem razie, po upływie oznaczonego terminu, dowody w mowie będące umoznione i duplikaty ich wiadomemu dotąd właścicielowi wydane będą.
Warszawa, dnia 6 (18) lipca 1865 r.
Dyrektor wydziału rzeczywiasty Radca stanu, Janiszewski.
Dyrektor kancelaryi, A. Rogalewicz.

Anzeigebblatt.
Umsonst
wäre jede Anpreisung, würde sie sich nicht bewähren!
W. BRUMMER Herren-Schneider
Stradom Nr. 16,
unterhält gegenwärtig eine reichhaltige Auswahl von Herren- und Knaben-Kleider, jeder Jahreszeit und dem modernsten Geschmacke entsprechend, aus den besten Stoffen verfertigt, die er trotz diesem zu sehr annehmbaren Preisen veräußert.
Auch sind stets mannigfaltige Stoffe am Lager, aus denen in möglichst kürzester Zeit Bestellungen billig und solid ausgeführt werden.
(1033. 3)

Die Hamburger Handels-Academie
bietet sowohl der Jugend als auch den Erwachsenen die bestmögliche Gelegenheit zur schnellen und gründlichen Erlernung der modernen Sprachen, sowie des Ganzen der Handels- & Comptoir-Kunde, indem sie nicht nur theoretisch lehrt, sondern zugleich das durch den Unterricht erlangte Wissen in dem mit der Anstalt verbundenen Geschäftszum praktischen Können vollendet.
Jungen Leuten, welche schon praktisch thätig waren, wird je nach Leistung eine Ermäßigung des Honorars zu gestanden, auch billiges und gutes Logis nachgewiesen. Eintritt jeder Zeit. Prospekte werden von der Expedition dieses Blattes verabsolgt. Zur näheren Auskunft ist der Unterzeichnete bereit.
(963. 2-6) **L. Schröder, Director.**

in diplomirter Pharmaceut, welcher sich über seine Verwendung mit entsprechenden Zeugnissen auszuweisen vermag, wünscht entweder als Provisor oder Assistent einzutreten. — Gefällige Anträge werden unter Chiffre J. B. Nr. 37, Vorstadt Piasek in Krakau erbeten.
(1068. 1-3)

Filiale der k. k. priv. österr. Pfandleih-Gesellschaft in Krakau.
Caris- & Sätze
der
Zinsen u. Nebengebühren für Pfanddarlehen auf Prätiosen. (885. 3)

Die Pfanddarlehen werden nach dem Wunsche des Verpfänders auf die Dauer von einem Monat, von drei Monaten oder von sechs Monaten gegeben.
Die Zinsen und Nebengebühren werden vom Darlehensbetrage berechnet und nachhinein bei der Auslösung, Umkehrung oder Veräußerung des Pfandes eingehoben, und zwar an
Aufnahme- u. Schätzungs-geld:

pr. 1	pr. 3	pr. 6
Monat	Mon.	Mon.
3/4%	1 1/4%	3%

Für Pfänder v. fl. 1 bis fl. 100
Für Pfänder von fl. 100 aufwärts

Aufbewahrungs- und Assuranzgebühren
3% für ein Jahr, Zinsen 6% für ein Jahr.
Die Aufnahme- und Schätzungsgebühr ist stets für die ganze übereingekommene Darlehensdauer und über dieselbe hinaus vom Verfallstage an bis zur Auslösung, Umkehrung oder Veräußerung mit weiterem 1/2% für jeden Monat zu entrichten, wobei jeder angefangene Monat als voll angenommen wird.
Die Zinsen, sowie die Aufbewahrungs- und Assuranzgebühren werden für die Zeitdauer vom Tage der Einlage bis zum Tage der Auslösung, Umkehrung oder Veräußerung des Pfandes berechnet, und zwar innerhalb der bei der Pfandaufnahme übereingekommenen Darlehensdauer nach Tagen, vom Verfallstage des Pfandes an nach halben Monaten, wobei jeder angefangene halbe Monat als voll angenommen wird.

Amtsstunden täglich von 9 bis 1 Uhr Vormittag und 3 bis 5 Uhr Nachmittag, Sonntag und Feiertage ausgenommen.

Wiener Börse-Bericht
[vom 19. October.]
Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.	Geld	Waar.
Zu Destr. W. zu 5% für 100 fl.	61.50	61.60
Aus dem Nationalanlehen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner — Juli	70.65	70.75
Metalliques zu 5% für 100 fl.	70.45	70.55
ditto „ 4 1/2% für 100 fl.	66.20	66.40
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	58. —	58.25
„ 1854 für 100 fl.	140.25	140.75
„ 1860 für 100 fl.	81. —	81.25
Prämienheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	92. —	92.50
zu 50 fl.	76.60	76.70
Como-Rentenscheine zu 42 L. anstr.	18. —	18.25
B. Der Kronländer.		
Grundentlastungs-Obligationen		
von Nieder-Ost. zu 5% für 100 fl.	82. —	83. —
von Mähren zu 5% für 100 fl.	79. —	80. —
von Schleßen zu 5% für 100 fl.	87. —	88. —
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	85. —	85.50
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—	—

von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	84. —	88. —
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	71. —	71.75
von Lemberger Banat zu 5% für 100 fl.	70. —	70.75
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	71.25	72.25
von Galizien zu 5% für 100 fl.	70. —	70.75
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	66. —	66.75
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	68.50	69. —

Actien (pr. St.)

der Nationalbank	773. —	774. —
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W.	165.70	165.90
der Niederöst. Escompte-Gesells. zu 500 fl. ö. W.	585. —	587. —
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C. M.	1630. —	1632. —
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. C. M. oder 500 Fr.	173.10	173.20
der vereinigten südöst. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 Fr.	186. —	187. —
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. C. M.	126.50	127. —
der galiz. Karl Ludwig-Bahn zu 200 fl. C. M.	187.50	188. —
der Emberg-Gzernowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 35% Einz.	76. —	77. —
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	154.75	155.25
der Süd-nord. Verb.-B. zu 200 fl. C. M.	114. —	114.50
der Theiss-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. C. M. mit 140 fl. (70%) Einz.	147. —	147. —
der österr. Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu 500 fl. C. M.	450. —	451. —
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. C. M.	221. —	222. —
der Wiener Dampfwahl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öst. W.	380. —	390. —
der Oest.-Pesther Kettenfabrik zu 500 fl. C. M.	370. —	375. —

Wandbriele

der Nationalbank, 10jährig zu 5% für 100 fl.	104. —	104.50
auf C. M. verlosbar zu 5% für 100 fl.	92.70	92.90
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	88.30	88.50
Galiz. Credit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl.	66.75	67. —

Wohel. 3 Monate.
Bant. (Wag.) Sconto

Augsburg, für 100 fl. südböhm. W. 6%	91.50	91.50
Kraufurt a. M., für 100 fl. südböhm. W. 6%	91.40	91.50
Hamburg, für 100 M. W. 6%	81.20	81.30
London, für 10 Pf. Sterl. 7%	109. —	109.15
Paris, für 100 Francs 5%	43.35	43.41

Cours der Geldsorten.

Durchschnitts-Cours	Legter Cours
fl. fr. fl. fr.	fl. fr. fl. fr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	5 26 — — 5 25 1/2 5 26
„ vollw. Dukaten	5 26 — — 5 25 1/2 5 26
Krone	8 82 — — 8 81 8 83
Russische Imperiale	— — — — 9 03 9 05
Silber	108 25 — — 108 35 108 65

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres

Abgang

von **Kraufau** nach Wien 7 U. 10 M. Früh, 3 U. 30 M. Nachm.; — nach Breslau, nach Odrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warchau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Bielitzka 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach Kraufau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Odrau** nach Kraufau 11 Uhr Vormittags.

von **Lemberg** nach Kraufau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Kraufau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21 Min. Abends; — von Warchau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Odrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.; — von Bielitzka 6 Uhr 15 Min. Abends.

von **Kraufau** nach Wien 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 49 Minuten Abends.